



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Ratingagenturen: härtere Regeln gefordert

Ratingagenturen haben eine besondere Rolle, weil sie die Kreditwürdigkeit von Staaten bewerten und Finanzprodukte beurteilen. In der Finanzkrise und der Eurokrise haben wir erlebt, wie ihre Urteile krisenverschärfend wirken, zumal sie bei Finanzprodukten mit Fehlurteilen aufgefallen sind. Bisher werden ihre Gutachten nicht kontrolliert. Dieser Bewertungswillkür wollen die Europaabgeordneten ein Ende machen. Sie fordern die Kommission, im Rahmen einer Resolution auf, dass die Europäische Wertaufsichtsbehörde ESMA nun auch Kreditratingagenturen stichprobenartig überprüfen soll. Außerdem soll der Wettbewerb durch die Gründung einer europäischen Ratingagentur verstärkt werden. Zukünftig sollen die Agenturen für grob fahrlässige Urteile und deren Folgen haftbar gemacht werden können. Ihre Bewertungen haben oft direkte Auswirkungen am Markt. Bekommen die

Unternehmen oder Staaten gute Noten, müssen sie niedrige Zinsen zahlen, bei einem schlechten Rating können sie sich im schlechtesten Fall am Markt kein Geld mehr beschaffen.

Binnenmarktkommissar Barnier will noch in diesem Jahr einen neuen Gesetzesentwurf vorlegen.

EHEC: EU zahlt bis zu 50% Entschädigung

Die von der EHEC-Krise betroffenen Gemüseproduzenten sollen für ihre Produkte ab dem 26. Mai 2011 zu 50% entschädigt werden. Insgesamt soll es sich dabei um eine Summe von bis zu 210 Millionen Euro belaufen, so teilte der Landwirtschaftskommissar Ciolos am Mittwoch mit. Weitere Zahlungen sind vom weiteren Verlauf der Krise abhängig.

Mittelfristige Planung der Finanzen bis 2020

Für die mittelfristige Finanzplanung der EU bis ins Jahr 2020 hat das Parlament seine Vorstellungen formuliert: eine Erhöhung des Finanzrahmens

von 5% der Mittel gegenüber der jetzigen Finanzperiode. Ich habe mich für Einsparungen im Verwaltungsbereich eingesetzt. Die Verwaltungsausgaben stiegen von 5% auf jetzt 6,7% des Gesamtbudgets.

Agrarbudget soll beibehalten werden

Die Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Nahrungsmittel- und Energiesicherheit. Das Parlament hat sich in einer Entschließung für die Beibehaltung des Agrarbudgets für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ausgesprochen. In einem weiteren Bericht fordern die Parlamentarier, dass ein Schwerpunkt auf zusätzlichen Umweltschutzmaßnahmen, gekoppelt an Direktzahlungen liegen soll. Ein Augenmerk soll auch die Förderung von Junglandwirten und -landwirtinnen sein: nur 6% der europäischen Farmer sind jünger als 35 Jahre. Um den Markt vor unvorhersehbaren Ereignissen zu schützen und um schnell reagieren zu können, soll es weiterhin ein Sicherheitsnetz geben. Die sogenannte Notklausel könnte

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



auch bei der EHEC-Krise greifen.

Offene Grenzen auch für Bulgaren und Rumänen

So wird Europa richtig spürbar: Dank des Schengener-Abkommens können wir in 25 europäischen Länder ohne Grenzkontrollen reisen. Besondere Aufgaben müssen die EU-Mitglieder mit Außengrenzen zu Drittstaaten übernehmen. Wenn es nach dem Willen des Parlaments geht, werden Bulgarien und Rumänien die nächsten Mitglieder im grenzfreien Schengenraum sein. Beide Länder haben erhebliche Anstrengungen unternommen, um in den Schengenraum aufrücken zu können. Vorbedingung ist, dass sie über Computersysteme verfügen und am Schengen-Informationssystem teilnehmen, mit dessen Hilfe gesuchte Bürgerinnen und Bürger ermittelt werden können. Die Entscheidung zur Aufnahme der beiden Mitgliedstaaten ist einstimmig; in dieser Woche prüfen die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten, ob alle Anforderungen erreicht wurden (Kontrolle

der Land-, See- und Luftgrenzen, Erteilung von Visa, polizeiliche Zusammenarbeit sowie die Bereitschaft, das Schengeninformationssystem zu nutzen). Danach entscheiden die Staats- und Regierungschefs. Vor allem Frankreich hat Bedenken und stellt sich gegen den Beitritt. Die beiden Beitrittskandidaten werden einen strengen Aktionsplan umsetzen müssen und werden auch künftig überwacht.

Eurovignette kommt: Verschmutzer zahlt

Der Güterkraftverkehr wird sich weiter verteuern: Er soll für Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung bezahlen. Neben Gebühren für Bau- und Instandhaltung erlaubt die EU den Mitgliedstaaten, auch die durch Lärm- und Umweltverschmutzung entstandenen Kosten in die LKW-Maut einzukalkulieren. Der Aufpreis könnte bei drei bis vier Cents pro Fahrzeugkilometer liegen. In Stoßzeiten kann die Abgabe jedoch um bis zu 175 Prozent teurer werden, womit Staus entgegengewirkt werden soll.

Grundsätzlich gilt die Richtlinie für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen. Die Mitgliedstaaten können jedoch bei der Kommission beantragen, dass diese Regelung erst für LKWs ab 12 Tonnen Gewicht gilt. Die Abgeordneten kritisieren an dem ausgehandelten Kompromiss, dass die Mitgliedstaaten mit den Mauteinnahmen sämtliche Haushaltslöcher stopfen können und nicht zu einer Reinvestition in den Verkehrssektor und damit zu einer Minderung der Lärm- und Umweltbelastung gezwungen werden.

Ärgernis der Woche: Feueralarm

Mehrere tausend Dolmetscher, Mitarbeiter, Abgeordnete wurden während der Abstimmung per Sirene aus dem Haus verbannt - über eine Stunde standen wir während der Dienstzeit ohne Informationen vor der Tür.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

95 Schüler des Scheffold-Gymnasiums Schwäbisch Gmünd waren zu Besuch in Straßburg.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu